<p>Kreistagssitzung am 24.03.2023</p> <p>Beschlussziffer 83</p> <p>Zur Sitzung des Kreistages war form- und fristgerecht geladen. Von 61 stimmberechtigten Mitgliedern des Kreistages sind 51 anwesend.</p> <p>Die Sitzung ist öffentlich.</p> <p>Vorsitzender: Landrat Markus Müller</p> <p>Gegenstand: Genehmigung der Finanzplanung und des Investitionsprogramms für die Haushaltsjahre 2022-2026</p>	<p>Abstimmungs- ergebnis</p> <p>(einstimmig oder mit Stimmen gegen Stimmen)</p>
---	--

Der Vorsitzende übergibt das Wort an Kreiskämmerer Bundschuh.

Herr Bundschuh teilt mit, dass der Landkreis zusätzlich zum Haushaltsplan 2023 eine mittelfristige Finanzplanung mit Investitionsprogramm aufzustellen habe, über die eigens zu beschließen sei. Die mittelfristige Finanzplanung umfasse fünf Jahre. Sie bilde die zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben des Landkreises ab und werde auf Basis der gesamtwirtschaftlichen Daten erstellt. Als wichtige Daten für die Finanzplanung gelten dabei die Entwicklung der Umlagegrundlagen, die auf dem Steueraufkommen aus der Grundsteuer A und B, der Gewerbe-, Einkommen- und Umsatzsteuerbeteiligung sowie der Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden im Vorjahr basieren. Zur Berechnung der Umlagekraftzahlen für das Kalenderjahr 2023 seien die Ist-Zahlen aus den Steuermeldungen herangezogen worden, für die Jahre 2024 bis 2027 sei auf die Steuerschätzungen im November 2022 zurückgegriffen worden.

	<u>2023</u>	<u>2024</u>
Grundsteuer A	1.046.592€	1.046.592 €
Grundsteuer B	9.537.435 €	9.642.347 €
Gewerbsteuer	50.214.665 €	52.675.184 €
Einkommensteuer	52.927.780 €	56.156.375 €
Umsatzsteuer	7.699.473 €	8.253.835 €
Schlüsselzuweisungen	12.656.762 €	13.479.254 €
<u>Umlagekraft</u>	<u>134.082.707 €</u>	<u>141.253.586 €</u>
Steigerung um		7.170.880 € 5,35 %

Die Gewerbesteureinnahmen seien im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr von 57,63 Mio. Euro um rund 5,09 Mio. Euro auf 62,72 Mio. Euro angestiegen, also um 8,83 Prozent. Bei der Berechnung der Umlagekraft 2024 werde die Gewerbsteuer mit einem Betrag von rund 52,67 Mio. Euro berücksichtigt. Im Vorjahr habe dieser Wert bei 52,93 Mio. Euro gelegen. Darin seien die Corona-Ausgleichszahlungen für das Jahr 2022 in Höhe von rund 1,51 Mio. Euro enthalten, welche in die Umlagekraft positiv einfließen. Die gestiegene Umlagekraft führe bei der Kreisumlage zu höheren Einnahmen und bei der Bezirksumlage zu höheren Ausgaben, vorausgesetzt, dass sich die Hebesätze nicht ändern. Bei der Kreisumlage betrage der Hebesatz 49,75 Prozent, bei der Bezirksumlage 22,70 Prozent.

Kreisumlage 2023	66.706.147 €
Kreisumlage 2024	<u>70.273.659 €</u>
Mehreinnahmen (+ 5,35 %):	3.567.513 €

Bezirksumlage 2023	30.436.774 €
Bezirksumlage 2024	<u>32.064.564 €</u>
Mehrausgaben (+ 5,35 %):	+ 1.627.790 €

Die Entwicklung bei den Schlüsselzuweisungen sei davon abhängig, wie sich das Steueraufkommen im Zeitraum vom 01.10.2022 bis 30.09.2023 entwickle. Bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen sei die steigende Umlagekraft ab 2023 berücksichtigt, der Grundbetrag von 845,72 Euro/Einwohner aus dem Vorjahr übernommen und von einer gemittelten Einwohnerzahl von 106.151 Einwohnern ausgegangen worden.

Schlüsselzuweisungen 2023	18.070.468 €
Schlüsselzuweisungen 2024	<u>16.636.294 €</u>
Mindereinnahmen (- 7,94 %):	- 1.369.694 €

Bei der Krankenhausumlage sei der Ansatz für das Jahr 2023 in Höhe von 2,083 Mio. Euro in den Folgejahren fortgeschrieben worden. Umlagebedingt verbleibe ein positiver Saldo von rund 570 T. Euro. Die Personalkosten seien mit einer Steigerung von jährlich 2 Prozent hochgerechnet worden. Im sozialen Bereich seien die Ansätze in die folgenden Jahre weiter übernommen worden, da sich die Veränderungen in den Fallzahlen und in den Leistungen nur sehr schwer schätzen ließen.

Der Vermögenshaushalt sehe im Jahr 2023 folgende Investitionen vor – es handle sich um Bruttoausgaben. Die detaillierte Aufstellung könne dem Finanzplan entnommen werden, der dem Haushalt beiliegt.

Grunderwerb (ökologische Flächen)	450.000 €
Digitalisierung – Bildungsinfrastruktur	138.000 €
Beschaffung immaterielle Vermögensgegenstände (EDV-Software)	180.000 €
Beschaffung bewegliches Anlagevermögen	978.300 €
Allgemeiner Planansatz Hochbau	25.000 €
Baumaßnahmen Landratsamt - Notstromversorgung	130.000 €
Baumaßnahmen Donau-Realschule Lauingen	
Erweiterung Schulküche	70.000 €
Baumaßnahmen Johann-Michael-Sailer-Gym.	9.400.000 €
Baumaßnahmen Gymnasium Wertingen	250.000 €
Baumaßnahmen BS Höchstädt BA 1a und 1b	6.400.000 €
Baumaßnahmen BS Höchstädt BA 2-4	500.000 €
Baumaßnahmen BS Lauingen	60.000 €
Baumaßnahmen Schülerheim Lauingen	1.500.000 €
Baumaßnahmen Synagoge Binswangen	120.000 €
Baumaßnahmen Schwimmhalle Wertingen	500.000 €
Straßenbaumaßnahmen	9.175.000 €
Naturschutz- und Landschaftspflege	5.000 €
Zuschuss Digitalisierung Krankenhaus Dillingen	125.000 €
Zuschuss Digitalisierung Krankenhaus Wertingen	125.000 €
Zuschuss Pflegeschule Krankenhaus Wertingen	500.000 €
<u>Investitionszuweisungen</u>	<u>603.730 €</u>

insgesamt: **31.235.030 €**

Auf die ordentliche Tilgung einschließlich der Umschuldungen entfielen 2,30 Mio. Euro. Summiert man die beiden Beträge, ergäbe sich das Gesamtvolumen im Vermögenshaushalt in Höhe von 33,54 Mio. Euro. Für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bzw. Ersatzbeschaffungen siehe der Finanzplan ab 2024 Ausgaben in Höhe von rund 1,10 Mio. Euro vor.

In der Finanzplanung ab 2024 würden die großen Baumaßnahmen beim Johann-Michael-Sailer-Gymnasium, bei der Staatlichen Berufsschule Höchstädt für den Bauabschnitt 1a, 1b und Bauabschnitt 2 bis 4 sowie bei der Schwimmhalle Wertingen entsprechend den aktuellen Mittelabflussplänen fortgeschrieben. Für die Erweiterung des Speisesaals am Schülerheim Lauingen durch die BVS sei ein Baukostenzuschuss an die BVS vorgesehen. Beim Kreisbauhof sei der Abbruch der Salzhalle und der Neubau von zwei Salzsilos geplant. Die Straßenbaumaßnahmen würden die Haushalte ab 2024 belasten, mit einem Nettobetrag von 702.000 Euro (2024), 905.000 Euro (2025) und 905.000 Euro (2026). Kreiskämmerer Bundschuh betont, dass der Finanzplan nur eine Momentaufnahme darstelle und in den nächsten Jahren durch die zusätzlich anstehenden Investitionsmaßnahmen in die Bildungseinrichtungen und in die Kreiskliniken entsprechend ergänzt und fortgeschrieben werde. Dabei müssten auch entsprechende Priorisierungen vorgenommen werden. Die laufenden Investitionen seien durchfinanziert. Anstehende Maßnahmen müsse man intensiv beraten und den Finanzplan entsprechend fortschreiben.

Mit dem Dank an Kreiskämmerer Bundschuh bittet der Vorsitzende um Zustimmung zum Beschlussvorschlag. Der Finanzplan mit Investitionsprogramm sei im Kreisausschuss am 14.03.2023 vorberaten worden und dem Kreistag zum Beschluss empfohlen worden.

Der Kreistag fasst folgenden

B e s c h l u s s :

Der dem Haushaltsplan 2023 beigegebene Finanzplan 2022 bis 2026 wird genehmigt. Der Finanzplan und das Investitionsprogramm sind gemäß Art. 64 LKrO jährlich der Entwicklung anzupassen und fortzuschreiben.

einstimmig